

Die Schule der Nation . . .

ist die Schule, nicht die Bundeswehr. Kein Geringerer als Willy Brandt meinte dies festhalten zu müssen.

Lange vorbei die Zeit als ehemalige Offiziere ein Auskommen als Lehrer fanden. Aber mit Macht drängen aktive Offiziere der Bundeswehr heute wieder in die Schulen.

Wenn sie jemals angekommen war in der Mitte der Gesellschaft: Jetzt – als Interventions- und Berufsarmee - ist die Bundeswehr es auf keinen Fall. Und sie spürt es. Der Nachwuchs bleibt aus.

Der letzte und der gegenwärtige Minister, beide scheuchen die Amtsstuben auf. Neue Aufgaben erwarten sie: Mehr Werbung bei Ausbildungs- und Arbeitsplatz-Events - und in der Schule der Nation, für die "Armee im Einsatz".

Jugendoffiziere und Wehrdienstberater

Schule öffnet sich gern. Für die Realität und die Spezialisten. Wie sie beim Thema Internet jemanden von Google holt, so beim Thema Drogen und Sucht jemanden von Becks und von Sony. Beim Thema Frieden und internationale Beziehungen kommt gerne die alte Schule der Nation, ein Jugendoffizier der Bundeswehr, und für die Berufsorientierung der SchülerInnen ist der Wehrdienstberater des nächstgelegenen Nachwuchsgewinnungszentrums der Bundeswehr zuständig. Oder?

„Lehrerinnen und Lehrer sind Fachleute für das Lernen, ihre Kernaufgabe ist die gezielte und nach wissenschaftlichen Erkenntnissen gestaltete Planung, Organisation und Reflexion von Lehr- und Lernprozessen“

So der Präsident der Kultusministerkonferenz und die Vorsitzenden der Bildungs- und Lehrgewerkschaften im Jahr 2000. Lehrer entscheiden souverän, ob sie in ihrem Unterricht externen Sachverstand hinzuziehen wollen oder nicht.

Externer Sachverstand ist nur dann einzuladen, wenn die Bedingungen des Beutelsbacher Konsens' in der politischen Bildung erfüllt sind

Danach dürfen SchülerInnen nicht von Meinungen und Thesen überrumpelt werden, die in der Gesellschaft umstritten sind. Was gesellschaftlich kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen.

Externer Sachverstand in Bezug auf Außen- und Sicherheitspolitik liegt bei denen, die unserer Parlaments-Armee die Aufträge erteilen, nicht bei den Ausführenden

Ob man mit den Schülern Reden analysiert oder eine kontroverse Diskussion von Vertretern der Parteien organisiert, die in dem Parlament vertreten sind, das der Armee die Aufträge erteilt, liegt im Ermessen der Lehrkraft.

Jugendoffiziere hingegen erheben zwar den Anspruch und erwecken den Eindruck, sie seien Sachverständige in punkto politischer Bildung, vor allem Außen- und Sicherheitspolitik, aber sie sind extrem einseitig und festgelegt auf die militärische Sichtweise.

Kein Wunder, dass Schulen sich wehren gegen Vereinnahmung (www.schule-ohne-militaer.de)

So lehnt das Berliner Robert-Blum-Gymnasium eine Zusammenarbeit mit der Bundeswehr, Einladungen an Jugendoffiziere, Werbung für Praktika und Ausbildungsgänge in und Exkursionen zu Bundeswehreinrichtungen oder Veranstaltungen grundsätzlich ab. Es konstatiert einen Widerspruch des Auftrages der Bundeswehr zum Auftrag der Schule:

"Das vermeintliche Lösen von Konflikten mit militärischer Gewalt widerspricht den Erziehungsidealen der Berliner Schule. Wie sollen wir Jugendliche zum gewaltfreien Lösen von

Konflikten erziehen, wenn das Vertreten von Wirtschafts- oder Länderinteressen mit militärischen Mitteln (Weißbuch 2006 und Verteidigungspolitische Richtlinien 2011, RW) von uns mit unterstützt wird? Dies widerspricht dem in Paragraf 1 des Schulgesetzes (von Berlin, RW) formulierten Erziehungsziel der friedlichen Verständigung der Völker."